

109-4/1378

MINISTERSTVO VNOŠNÍ BEZPEČNOSTI  
- ARCHIVNÍ A STŘEDNÍ ODBOR

58.2009/10  
Dok. 109-4/1378  
Přelohy 31 listů 72

31 listů list č. 19 chybí  
list č. 26a navíc

Krab. 82.

ST S

IV. M - 76 / 43.

IV. M - 79 / 43.

IV. M - 48 / 43.

d

1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Obersturmbannführer Jacobi.

Hiermit übersende ich absprachegemäß eine von W-Oberführer Bertsch unter dem 3.4.d.J Unterhaltung mit Generalkonsul Zaborovski diktierten Vermerkes zur Kenntnis. W-Gruppenführer Frank hat den Wunsch, daß das Auswärtige Amt und das Reichssicherheitshauptamt verständigt werden. Was die Unterrichtung des Auswärtigen Amtes anlangt, schlage ich vor, daß diese vom Reichssicherheitshauptamt erfolgt. Hierbei könnte zum Ausdruck gebracht werden, daß die Unterrichtung auf eine Anregung von Gruppenführer Frank zurückgeht. Sollten Sie es für zweckmäßig halten, daß das Auswärtige Amt von hier verständigt wird, bitte ich um eine entsprechende

W-Obersturmbannführer.

M 76 - 43

2.)

ertsch

Nach einer captatio  
zeit im Protektorat,  
; des "genius loci" d  
ovski, er würde sich  
schaftlicher Fragen de  
terhalten. Er sei  
er über die wirtscha  
laufend der Meist

richte  
böhmie  
zuglie  
dieser  
etwa R  
ihrer  
schaft  
Kriege

3

trieben im Handel, Handwerk und Gaststättengewerbe zu sprechen und stellte verschiedene politisch uninteressante Einzelfragen, die ich ihm beantwortete.

Anschliessend kam er auf die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen im Protektorat allgemein zu sprechen und äusserte seine Bewunderung darüber, was hier im Kriege organisatorisch aus dem Nichts geschaffen worden sei. In Rumänien bereite dies grösste Schwierigkeiten, weil dort die organisatorischen Fähigkeiten viel geringer seien als bei den leitenden deutschen Herren. Eine fachliche Beratung eines ersten deutschen Fachmannes wäre dabei dringend vonnöten.

Zaborovski leitete alsdann auf meine Stellung als erster und einziger deutscher Minister in der Protektoratsregierung über und äusserte sich dahin, es werde in tschechischen und in Konsularkreisen mit grosser Genugtuung festgestellt, dass ich zu dem Staatspräsidenten Dr. Hácha ebenso zum Vortrag käme wie die Protektoratsminister tschechischer Volkszugehörigkeit, also keine formellen Sonderrechte für mich beanspruche. Vom unliegenden Ausland werde dies sehr stark beobachtet. Dann fragte er mich, ob es zutreffend sei, dass Dr. Hácha sehr alt geworden und eigentlich nicht mehr leistungsfähig sei. Er habe gehört, der Staatspräsident könne dem Vortrag der Minister garnicht mehr folgen. Ich erwiderte, dass ich mich mit dem Staatspräsidenten Dr. Hácha in Lana jeweils sehr angeregt unterhalte und ihn über die wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge auf dem laufenden halte. Dabei gab ich in vorsichtiger Form meiner persönlichen Verehrung für Dr. Hácha Ausdruck.

Dr. Zaborovski schnitt nunmehr die Frage der Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzes bei der Bata A.G. durch mich an und meinte, es habe ihn sehr überrascht, kürzlich

4

von Frau Marie Bata zu hören, dass meine Wahl zum Aufsichtsratsvorsitzer dieses grossen Familienkonzerns auf den Wunsch der Familie Bata selbst zurückgehe. Frau Bata grösster Wertschätzung von mir und vor allem Frau gesprochen und hervorgehoben, dass sie zusammen mit dem Vorsitzenden der Regierung und zum Frühstück bei uns eingeladen gewesen sei. sei sehr beachtet worden, dass ich nach Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzes entgegen der Erwartung kein deutsches Kapital bei der Bata A.G. beteiligt und auch weiteren deutschen Wirtschaftler in die Leitung des Unternehmens hereingenommen hätte. Dass ich mich selbst über die Verhältnisse bei Bata allerdings laufend sehr genau orientierte, sei ihm bekannt. Ich ging hierauf nicht näher ein, sondern erwiderte lediglich, dass ich auch persönlich kein deutsches Kapital beteiligt sei und als Aufsichtsratsvorsitzer jegliche Vergütung, ja sogar ein Tagegeld bei Reisen nach Zlin, ablehne. Ich betrachte meine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzer der Bata A.G. nicht als Ausfluss meiner Position als Minister, sondern als Arbeit, der ich mich mit den wirtschaftspolitischen Interessen dieses interessanten Unternehmens ohne Rücksicht auf meine Interessen widmen müsse. Hinzu kommt, dass ich als Mitglied des Verwaltungsrates des hiesigen Raumes tätig bin. Auf die Frage v ob den Tsche=

hang mit der straff gehandhabten Preisbildung und Preisüberwachung im Protektorat, die sich gerade auch im Interesse der breiten Masse sehr bewährt habe.

Auf die abschliessende Frage des Generalkonsuls, ob ich eigentlich Lebensmittel-Sonderzuteilungen als Minister bekäme, gab ich zur Antwort, dass ich vollkommen auf das angewiesen sei, was ich wie jeder andere im Protektorat auf Karten zu beanspruchen hätte. Ich hatte dabei den Eindruck, dass ihm dies sehr unwahrscheinlich erschien.

Zum Schluss bedankte sich Dr. Zaborovski sehr lebhaft für die ihm gewordene Auskunft und bat, wiederkommen zu dürfen, da er wirtschaftlich besonders interessiert sei. So lese er, wie er betonte, alle meine Veröffentlichungen und schicke sie nach Bukarest.

Dr. Leruff

II. Herrn Staatssekretär  
mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt.

Leruff.

d  
8  
1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

W-Standartenführer Weinmann.

Der SD-Leitabschnitt Prag hat in dem Tagesbericht vom 15.4. d.Js. -- Zeichen Nummer 44/43 ein Rundschreiben erwähnt, das ein gewisser Alexander Gäbler, Magdeburg, Pionierstraße 9, wegen der Namhaftmachung von Kauf- und Pachtobjekten für Bombengeschädigte versende. W-Gruppenführer Frank hat zu der Meldung handschriftlich vermerkt: "Aufgreifen". Ich gebe hiervon Kenntnis und bitte, auf dem Ihnen geeignet erscheinenden Weg zu veranlassen, daß Gäbler seine Tätigkeit, soweit das Protektorat in Frage kommt, einstellt.

W-Obersturmbannführer.

2.) Z.d.A.

Nummer 44/43

Prag, den 15.4.1943.

### Tagesbericht

(Streng vertraulich, nur zum persönlichen Dienstgebrauch  
des Empfängers)

#### I. Allgemeine Lage und Stimmung:

Mit wachsender Besorgnis verfolgt die deutsche Bevölkerung die Kampfhandlungen in Tunesien. In fast allen Gesprächen über diesen Frontabschnitt wird der allgemein herrschenden Skepsis unverhohlt Ausdruck gegeben. Man spricht zumeist so, als ob der Stützpunkt Tunesien schon aufgegeben und verloren sei und rechnet durchweg mit seiner gänzlichen Räumung. Man befürchtet nur, daß es den anglo-amerikanischen Truppen gelingen könnte, diesmal den Achsentruppen ein "Dünkirchen" zu bereiten und große Teile der deutsch-italienischen Armee an einer Verschiffung zu hindern und sie zu vernichten oder gefangen zu nehmen. Besonders in Familien, die Angehörige beim Afrika-Korps haben, werden in letzter Zeit Befürchtungen über deren Schicksal laut (Mähr.-Ostrau). In dieser allgemein gedrückten und nervösen Stimmung werden bereits vereinzelt Fälle bekannt, wo Deutsche bewusst eine Diskussion über die Kriegslage überhaupt ablehnen und darüber hinaus in mancher Hinsicht haltungsmässig abfallen. Verschiedentlich wird von Deutschen (z.B. Iglau) der Wunsch ausgesprochen, daß es doch endlich an der Zeit wäre, daß dieser schreckliche Krieg ein Ende finden würde. Einzelne Deutsche (Pilsen), die bereits Angehörige in diesem Krieg verloren haben, zeigen sich an dem weiteren Kriegsgeschehen nur noch wenig interessiert und erklären z.B. "wenn man erst einen Angehörigen verliert und jetzt auch noch die übrigen Befürchtungen und Aufregungen erleben muß, so ist es kein Wunder, wenn man all dem gegenüber apatisch werde".

10

Bei dem Vorherrschen des allgemeinen Interesses für Tunesien ist die letzte Sondermeldung über die Versenkung von 21 Handelsschiffen zwar mit Freude, aber doch nur nebenbei zur Kenntnis genommen worden.

Stärkste Beachtung fanden die plötzlich zahlreich in der Presse veröffentlichten Hinweise und die in der Wochenschau gezeigten Bilder über die Stärke des Atlantikwalles, ohne daß diese allerdings einen Einfluß auf die allgemeine Stimmung hätten. Dagegen sieht man darin eine Bestätigung, daß die Invasionsgefahr wiederum ein sehr aktuelles Problem geworden sein müsse. Auch der sehr verbreiteten Ansicht, daß sich in Kürze wichtige Dinge ereignen würden, wurde dadurch neue Nahrung gegeben. Im allgemeinen ist man jedoch fest davon überzeugt, daß sich im Hinblick auf den deutschen Atlan-

17

sation oder Verkehr mit Parteien hätten. Er selbst werde es sich noch reiflich überlegen, zum Verband überzutreten, denn in der NG habe er sich im Rahmen seines Bezirksgebietes ein gutes Betätigungsfeld geschaffen. Außerdem sehe er in seiner Stellung keine Lebensversorgung, sondern er arbeite aus Neigung zur Sache.

Unter den Angestellten der NOUZ und teilweise auch den Arbeitern der Böhmisches Waffnerwerke in Strakonitz ist das Gerücht verbreitet, daß der Vorsitzende der NOUZ, Stoces, in Haft genommen wurde. Das Gerücht hat erhebliche Unruhe verursacht.

Unter den tschechischen Arbeitern der Skodawerke in Pilsen werden seit einiger Zeit wiederholt Klagen laut, daß sie bei der gegenwärtig laufenden Schuhaktion des Reichsprotectors erneut nicht berücksichtigt würden. Es würden nicht einmal Arbeiter berücksichtigt, die bereits im vorigen Jahr keine Schuhe bekommen hätten, was nur auf die immer größer werdende Protekt Funktionäre zurückzuführen

Bei der Eisenbahnd schwerdebriefe tschechi angestellter ein, worin gekleidet seien, keine ten und daß man sie immer Dingen an die Heimatdie

Von der RAV in Neu holt auf den unhaltbare Firmen im Reich bedenke Urlaubsscheine ausstelle

Der Staatssekretär der Luftfahrt

und

Generalsinspekteur der Luftwaffe  
bei a. H. Reichsprotectorat  
in Böhmen und Mähren.  
Eing.: 31. MRZ. 1943

Der Reichsprotector
Personalsamt
30. MRZ. 43
Ant.
Sp. 574

Berlin W 8, den 22. März 1943  
Leipziger Straße 7  
Fernsprecher: 12 00 47

Der Chef der Ordnungspolizei  
„Adjutantur Berlin“  
Tag des Eingangs 25/3. 43  
Tgb. Nr. Anlagen 5

**Geheim**

Lieber Daluege!

Infolge der letzten Luftangriffe hat sich die Verlagerung von kriegsentscheidenden Fertigungen - und Schlüsselindustrien aus stark luftgefährdeten Gebieten in weniger luftgefährdete Gebiete als notwendig erwiesen.

Ich habe deshalb die unverzügliche Verlagerung solcher Industrien u. a. auch in das Gebiet Böhmen/Mähren befohlen.

In Verfolg dieses Befehls habe ich mich entschlossen, Fl.Stabsing. Tomascheck zum Verbindungsingenieur meines Planungsamtes bei Ihnen zu ernennen.

Fl.Stabsing. Tomascheck wird sich am 25.3. in dieser Eigenschaft bei Ihnen zum Dienstantritt melden; seine sonstigen Aufgaben werden hierdurch nicht berührt.

Ich bitte Ihre Dienststellen anzuweisen, Fl.Stabsing. Tomascheck bei den erwähnten Aufgaben weitestgehend zu unterstützen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen  
und Heil Hitler!

Stets Ihr

An den  
Chef der Ordnungspolizei,  
Herrn SS-Oberstgruppenführer  
und Generaloberst der Polizei  
D a l u e g e

Berlin NW 7,  
Unter den Linden 74

*Formalprobleme sind hier bei mir  
noch nicht gelöst. Wenn es  
meiner Oberbefehlshaber  
bisher für unangenehm war mit ihm  
zu tun, bitte ich Sie  
diesem Befehl aus Ihrer  
Befugnis. Wenn Sie  
für mich, Spornbau?*

*26. III*

*Im Herrschkamp*

*z. H.*

*General Lewin  
Henry Job  
3/4*

27



28a

Der Leiter der Abteilung V 2.

Prag, den 18. Mai 1943.

Herrn

Staatssekretär

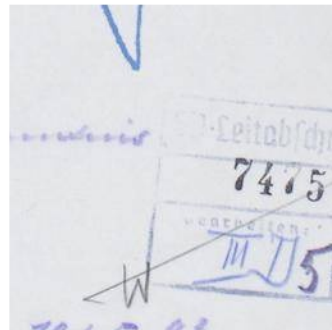
über den

Herrn Hauptabteilungsleiter V.

*Anruf Stumpfbräu  
Herrn  
18.5.*

*819/15*

Betreff: Lohnpolitische Fragen.



V e r m e r k

über die Besprechung der Reichstreuhänder der Arbeit  
vom 11.Mai 1943.

Einleitend wies Dr.Wiesel darauf hin, daß sich die Lage im Arbeitseinsatz weiter verschärft habe. Das Reservoir an Arbeitskräften im Osten sei bereits so stark in Anspruch genommen, daß nunmehr vor allem wieder die übrigen Gebiete - insbesondere die besetzten Westgebiete - herangezogen werden müßten. Unabhängig davon gewinne jedoch die Tatsache immer größere Bedeutung, daß die einzige und letzte große Reserve an menschlicher Arbeitskraft darin liege, daß bisher noch keineswegs überall die menschliche Höchstleistung erreicht werde. Den lohnordnenden Maßnahmen und der damit verbundenen Rationalisierung des Arbeitsflusses in den Betrieben werde daher in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung:

1.) Arbeitsbedingungen bei Verlagerung von Betrieben und Umsetzung von Gefolgschaftsmitgliedern:

Die in einem eingehend erörterten Erlaßentwurf vorgesehene Regelung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz entspricht im wesentlichen den Bestimmungen, die bereits für die Ordnung der Lohnfragen bei der Verlagerung der Klöckner Werke von Hamburg nach Brünn vorgesehen worden sind.

Mehrere Reichstreuhänder der Arbeit wünschten, daß die Gefolgschaftsmitglieder in diesen Fällen auch dienstverpflichtet werden und daß der Lohnausgleich durch Dienstpflichtunterstützungen verwirklicht werde. Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz hat gegen Dienstverpflichtungen innerhalb des gleichen Unternehmens grundsätzliche Bedenken. Vielmehr soll das Weisungsrecht des Unternehmers ihm auch die Befugnis geben, seine Gefolgschaftsmitglieder in andere Gebiete (auch außerhalb des übrigen Reichsgebietes) zu versetzen, sodaß eine Nichtbefolgung derartiger Anordnungen des Unternehmers als Arbeitsvertragsbruch angesehen werden müßte. Diese Frage soll nochmals abschließend geprüft werden; solange eine Entscheidung nicht vorliegt, soll es beim betrieblichen Lohnausgleich (etwa nach dem Beispiel der Klöckner Regelung) verbleiben.

2.) Lohnpolitische Fragen bei dem verstärkten Einsatz von Männern und Frauen:

a) Der Grundsatz, daß die Frauen nur 75 v.H. bis höchstens 80 v.H. des Männerlohnes erhalten, soll auf keinen Fall aufgegeben werden. Er soll auch dann gelten, wenn Frauen Arbeiten verrichten, die bisher von Männern ausgeführt sind. Maßgeblich ist dafür vor allem die Erwägung, daß eine Gleichstellung in der Lohnhöhe nach allen bisherigen Erfahrungen bei den Männern sofort wieder den Wunsch auslösen wird, als Familienerhalter höhere Löhne zu bekommen. Dr. Wiesel wies darauf hin, daß sich auch die Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klink auf Grund einer kürzlichen Besprechung, in der sie ursprünglich für vergleichbare Arbeiten die Gleichstellung der Frauenlöhne mit den Männerlöhnen gewünscht hatte, mit dieser Regelung einverstanden erklärt habe.

b) Die Lohnhöhe für neu eingestellte Frauen soll sich in der Regel nach den Verdiensten richten, die die bereits in Betrieben tätigen Frauen für die gleiche Arbeit erhalten. Dies gilt auch dann, wenn im früheren Beschäftigungsverhältnis günstigere Verdienste erzielt wurden.

In Tarifordnungen, in denen die Gehaltshöhe nach dem

soll eine generelle  
enn Ältere bisher nie  
leistungen erbringen,  
tigen Frauen zu erwart  
Berufsjahren gestaffelt  
r Härten eine Erhöhung  
il älteren Frauen die  
er Anfängerinnen nicht

c) Probleme der Halb  
Verhältnisse in den  
a sehr unterschiedlich  
S auf die Frauen, die  
tärkstens angespannt  
esondere auch im Sude  
hen worden, die auf

gebieten und Be  
at genommen wer  
Vollbeschäfti  
irtschaftsgebieten  
ederdonau - davon  
neueingestellten



41600

31

Der Generalreferent A

Prag, den 6. April 1943

Herrn Minister  
im Hause .

Büro des Ministers für Wirtschaft und Arbeit	
Eing. 6. 4. 1943	Verteilter:
Nr. ....	

Betrifft: Aussprache über die beabsichtigten Industrieverlagerungen in das Protektorat Böhmen und Mähren.